

Beschluss A6 - Antrag an den Bundeskongress: Gegen jeden Antisemitismus

Antragsteller*innen:
Beauftragtenrat

Folgender Antrag wird an den Bundeskongress gestellt:

Die linksjugend ['solid] nimmt ihren antifaschistischen Grundkonsens ernst und tritt entschieden gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen ein. Dazu gehört, aktuelle antisemitische Entwicklungen wachsam zu beobachten, als solche wahrzunehmen und aktiv gegen sie vorzugehen.

Der erstarkende Antisemitismus in Deutschland und weiteren europäischen Ländern ist ein reales Problem. Von tendenziöser Medienberichterstattung, Verschwörungstheorien und antisemitischen Klischees in der Bevölkerung über Israel-Boycottbewegungen und Angriffe auf Synagogen hin zu offen propagierten Vernichtungsfantasien, ziehen sich antisemitische Ressentiments quer durch die Gesellschaft.

Auch in der Linken finden sich antisemitische Denkmuster und Argumentationen, besonders in Form von ressentimentgeladener „Israelkritik“ und *regressivem Antikapitalismus*. Werden antisemitische Ressentiments als solche benannt, gerieren sich Beschuldigte häufig als Opfer und kritische Geister, indem sie behaupten, ihre "legitime Israelkritik" sei ein Tabubruch. Solche Aussagen sind angesichts der Regelmäßigkeit, mit der Kritik an Israels Politik geäußert wird, schlichtweg falsch. Auch sind sie Zeugnis eines mangelnden und verkürzten Verständnisses von Antisemitismus, das sich bspw. in der Reduktion des Antisemitismusbegriffs auf seinen Ausdruck in der Massenvernichtung niederschlägt.

Ein kritisches Verständnis von Antisemitismus geht in seiner Analyse nicht vom Objekt, sondern von der_dem Antisemit_in aus, welche_r die abstrakten Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaft auf das Judentum projiziert. Antisemitismus richtet sich gegen ein überlegen und kontrollierend imaginiertes „jüdisches Prinzip“, das die Ursache allen Übels darstellt. In der postnazistischen Gesellschaft tritt Antisemitismus häufig nicht mehr offen in der Verurteilung von Jüd_innen auf, dennoch ist er als Denkstruktur weiter vorhanden. Er äußert sich als israelbezogener Antisemitismus in Form von Dämonisierungen Israels, extrem einseitiger Schuldzuweisung, Nutzung antisemitischer Chiffren und Täter_in-Opfer Umkehrung durch Vergleiche Israels mit dem Nationalsozialismus. Ferner finden sich antisemitische Argumentationen in der Verbreitung von Verschwörungstheorien über vermeintliche Strippenzieher_innen, wie FED und Rothschild.

Es ist die historische Erfahrung aus Auschwitz, dass die dem Antisemitismus immanenten Vernichtungsfantasien real sind und im Zweifelsfall kein Staat den Schutz der Jüd_innen vor Antisemitismus zu garantieren bereit war. Israel ist die unerlässliche Konsequenz der Erfahrung der Shoa. Für eine Linke die für gesellschaftliche Emanzipation eintritt, sollte die Verteidigung des unbedingten Existenzrechts Israels, als dem Staat zum Schutz der Jüd_innen, ein wichtiger Ausgangspunkt politischen Handelns sein. Eine Kritik des Antisemitismus in der linksjugend ['solid] muss neben der Aufklärung über Antisemitismus auch die Verhinderung der Verbreitung antisemitischer Standpunkte bedeuten.

Die linksjugend ['solid] stellt sich gegen jeden Antisemitismus und akzeptiert diesen in keiner Weise als Meinung von Einzelpersonen, Ortsgruppen und Strukturen. Die linksjugend unterstützt und organisiert keine Veranstaltung oder Demonstration, auf der antisemitische Positionen vertreten werden. Ferner bietet sie keine Plattform zur Verbreitung von Antisemitismus und lädt daher keine Personen und Organisationen zu Veranstaltungen ein, die absehbar solche Positionen vertreten werden. Die Verbreitung von Antisemitismus darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Folgende Positionen sieht die linksjugend ['solid] als antisemitisch und damit nicht akzeptierbar an:

- den Vergleich von Israel mit dem Nationalsozialismus
- die Unterstellung, Israel begehe einen Genozid an den Palästinenser_innen
- die Infragestellung des Existenzrechts Israels
- die Solidarisierung mit Hisbollah und Hamas
- den Ausruf „Kindermörder Israel“, der eine Anknüpfung an die antisemitische „Ritualmordlegende“ darstellt
- die Dämonisierung Israels als „Apartheidsstaat“
- Darstellungen, nach denen Israel, die Zionist_innen oder die USA die Medien kontrollieren
- Aussagen über eine allmächtige „jüdische Lobby“ oder „zionistische Lobby“
- Verschwörungstheorien über Gruppen, die angeblich im Hintergrund die Fäden ziehen (FED, Rothschilds)

Begründung:

Personen und Ortsgruppen der linksjugend ['solid] haben innerhalb des letzten Jahres aktiv an antiisraelischen Demonstrationen teilgenommen oder diese sogar organisiert.

Als sie mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert wurden, erfolgte eine Abweisung jeglicher Debatte mit dem Verweis auf ein „Recht auf Israelkritik“, dass durch das Schwingen einer angeblichen "Antisemitismuskeule" eingeschränkt würde. Anstatt eine inhaltliche Debatte über den Vorwurf des Antisemitismus zu führen, wurde versucht, die Kritiker_innen als „unsolidarische Antideutsche“ zu verteufeln und ihre Kritik damit abzutun.

Die Distanzierungsversuche seitens des Jugendverbandes, die es schließlich doch gab, sind leider konsequenzlos geblieben.

Damit solche Vorkommnisse in Zukunft nicht wieder passieren bzw. nicht konsequenzlos hingenommen werden, braucht es eine gemeinsame Grundlage zu dieser Frage, die dieser Antrag darstellen soll.